A1 Günstig Wohnraum schaffen mit geringen ökologischen Schäden – Suffizienz als Leitbild in der Bielefelder Wohnungspolitik

| | |
|---|---|
| Antragsteller*in: | Peter Pütz (KV Bielefeld) |
| Tagesordnungspunkt: | 5. Anträge |
| Status: | Zurückgezogen |

## Antragstext

Wir GRÜNEN versuchen zukünftig, bezahlbaren Wohnraum bevorzugt ohne Neubau zu schaffen, indem wir suffizienzorientierte wohnungspolitische Maßnahmen verfolgen.

## Begründung

Auch wenn die Landesregierung das anders sieht (https://www.mieterbund-nrw.de/politik-standpunkte/news-details/das-bedeutet-die-neue-mieterschutz-verordnung-nrw), ist der Wohnungsmarkt in Bielefeld bekanntermaßen angespannt. Wie alle anderen Parteien haben auch wir GRÜNEN im Wahlprogramm versprochen, für mehr (bezahlbaren) Wohnraum bei möglichst geringen ökologischen Schäden durch Neubau und Flächenverbrauch einzutreten. Trotzdem sind unsere bisherigen Konzepte zur Schaffung von Wohnraum hauptsächlich auf Neubau ausgelegt. Dieser ist nicht nur ökologisch schädlich, sondern oft auch langwierig, mit vielen Widerständen und hohen Kosten verbunden. Dabei wird häufig übersehen, dass in Bielefeld kein Mangel an verfügbarem Wohnraum vorliegt, sondern eine schlechte Verteilung des Wohnraums und eine zu hohe Wohnflächennutzung pro Kopf. Laut Zahlen des statistischen Landesamts ist der Wohnraum pro Kopf in Bielefeld zwischen den Jahren 2010 und 2019 sogar leicht von 42,6 Quadratmeter auf 43,3 Quadratmeter pro Kopf angewachsen. Rein rechnerisch bedeutet das: Wenn alle gut 330,000 Einwohner*innen wieder auf durchschnittlich je 0,7 Quadratmeter Wohnfläche weniger wohnen würden, ständen für mehr als weitere 5,000 Einwohner*innen jeweils gut 40 qm Wohnfläche zur Verfügung, ohne dass nur eine einzige neue Wohnung gebaut werden müsste.

Deshalb sollte der Fokus und die Förderung der Stadt Bielefeld in der Wohnungspolitik stärker auf suffiziente und flächenschonende Ansätze ausgerichtet werden, d.h. insbesondere, dass Wohnungen und Wohnformen gefördert werden, bei denen die Bewohner*innen mit wenig Wohnraum pro Person auskommen und Flächen- und Ressourcenverbrauch minimiert werden. Das ist nicht nur aus ökologischen Gründen geboten, sondern in der Regel auch günstiger.

Als eine Maßnahme zur Erreichung von suffizientem Wohnen bietet sich eine Kampagne unter dem Motto "Stellen Sie Wohnraum zur Verfügung" verbunden mit Informationsangeboten zum Wohnungsumbau (bauliche Trennung von Wohnungen: "aus 1 mach 2") oder Dachgeschossausbau an. Bestenfalls werden städtische Fördermittel genau für solche Maßnahmen bereitgestellt. Des Weiteren könnte die AWO überzeugt werden, in ihre aktuelle Wohnberatung für ältere Menschen Möglichkeiten zu Umzügen, Umbauten, Alten-WGs oder generationenübergreifendem Wohnen (z.B. „Wohnen für Hilfe“) nennt, denn insbesondere Ältere leben vermutlich oft in Wohnungen, die sie als zu groß empfinden.

Einige weitere Maßnahmen zur Nutzung von bestehendem Wohnraum könnten sein:

- die Anwendung des Wohnungsaufsichtsgesetzes (s. z.B. Köln) zur Beseitigung von (auch in Bielefeld noch existierendem) Wohnungsleerstand und der Zweckentfremdung von Wohnraum
- Wohnungstauschbörsen, z.B. innerhalb der BGW
- Ansprache von Vermieter*innen (evtl. mit Anreizen verbunden), möglichst flächengenügsam zu vermieten

Einige der genannten Maßnahmen lassen sich günstig oder sogar kostenlos umsetzen, andere kosten zumindest in der kurzen Frist mehr Geld, was aber auch für alle Neubauten gilt. Der Hauptpunkt ist jedoch: Wer die Schaffung von Wohnraum wirklich ökologisch nachhaltig angehen möchte, kommt um Suffizienz als Leitfaden in der Wohnungspolitik nicht herum.

Weitere Quelle: https://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/Wohnungsmarktbericht_2018-19_web.pdf

Kontakt: Peter Pütz, ppuetz@posteo.de

A2NEU Günstig Wohnraum schaffen mit geringen ökologischen Schäden – Suffizienz als Leitbild in der Bielefelder Wohnungspolitik

| | |
|---|---|
| Antragsteller*in: | Peter Pütz (KV Bielefeld) |
| Tagesordnungspunkt: | 5. Anträge |

## Antragstext

Wir GRÜNEN setzen bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums neben Nachverdichtungen und dem notwendigen Neubau vor allem auf suffizienzorientierte wohnungspolitische Maßnahmen. Wir streben Förder- und Beratungsmaßnahmen sowie Informationskampagnen an, um Wohnraum durch Ausbau, Trennung von Wohnungen oder dem Wohnungstausch zu schaffen und besser zu nutzen. Ebenso wollen wir Leerstand von Wohnungen mit allen Mitteln vermeiden. Bei der Umsetzung der städtischen Baulandstrategie werden Flächen u.a. anhand von Suffizienzkriterien vergeben.

## Begründung

Auch wenn die Landesregierung das anders sieht (https://www.mieterbund-nrw.de/politik-standpunkte/news-details/das-bedeutet-die-neue-mieterschutz-verordnung-nrw), ist der Wohnungsmarkt in Bielefeld bekanntermaßen angespannt. Wie alle anderen Parteien haben auch wir GRÜNEN im Wahlprogramm versprochen, für mehr (bezahlbaren) Wohnraum bei möglichst geringen ökologischen Schäden durch Neubau und Flächenverbrauch einzutreten. Trotzdem sind unsere bisherigen Konzepte zur Schaffung von Wohnraum hauptsächlich auf Neubau ausgelegt. Dieser ist nicht nur ökologisch schädlich, sondern oft auch langwierig, mit vielen Widerständen und hohen Kosten verbunden. Dabei wird häufig übersehen, dass in Bielefeld kein Mangel an verfügbarem Wohnraum vorliegt, sondern eine schlechte Verteilung des Wohnraums und eine zu hohe Wohnflächennutzung pro Kopf. Laut Zahlen des statistischen Landesamts ist der Wohnraum pro Kopf in Bielefeld zwischen den Jahren 2010 und 2019 sogar leicht von 42,6 Quadratmeter auf 43,3 Quadratmeter pro Kopf angewachsen. Rein rechnerisch bedeutet das: Wenn alle gut 330,000 Einwohner*innen wieder auf durchschnittlich je 0,7 Quadratmeter Wohnfläche weniger wohnen würden, ständen für mehr als weitere 5,000 Einwohner*innen jeweils gut 40 qm Wohnfläche zur Verfügung, ohne dass nur eine einzige neue Wohnung gebaut werden müsste.

Deshalb sollte der Fokus und die Förderung der Stadt Bielefeld in der Wohnungspolitik stärker auf suffiziente und flächenschonende Ansätze ausgerichtet werden, d.h. insbesondere, dass Wohnungen und Wohnformen gefördert werden, bei denen die Bewohner*innen mit wenig Wohnraum pro Person auskommen und Flächen- und Ressourcenverbrauch minimiert werden. Das ist nicht nur aus ökologischen Gründen geboten, sondern in der Regel auch günstiger.

Als eine Maßnahme zur Erreichung von suffizientem Wohnen bietet sich eine Kampagne unter dem Motto "Stellen Sie Wohnraum zur Verfügung" verbunden mit Informationsangeboten zum Wohnungsumbau (bauliche Trennung von Wohnungen: "aus 1 mach 2") oder Dachgeschossausbau an. Bestenfalls werden städtische Fördermittel genau für solche Maßnahmen bereitgestellt. Des Weiteren könnte die AWO überzeugt werden, in ihre aktuelle Wohnberatung für ältere Menschen Möglichkeiten zu Umzügen, Umbauten, Alten-WGs oder generationenübergreifendem Wohnen (z.B. „Wohnen für Hilfe“) nennt, denn insbesondere Ältere leben vermutlich oft in Wohnungen, die sie als zu groß empfinden.

Einige weitere Maßnahmen zur Nutzung von bestehendem Wohnraum könnten sein:

- die Anwendung des Wohnungsaufsichtsgesetzes (s. z.B. Köln) zur Beseitigung von (auch in Bielefeld noch existierendem) Wohnungsleerstand und der Zweckentfremdung von Wohnraum
- Wohnungstauschbörsen, z.B. innerhalb der BGW
- Ansprache von Vermieter*innen (evtl. mit Anreizen verbunden), möglichst flächengenügsam zu vermieten

Einige der genannten Maßnahmen lassen sich günstig oder sogar kostenlos umsetzen, andere kosten zumindest in der kurzen Frist mehr Geld, was aber auch für alle Neubauten gilt. Der Hauptpunkt ist jedoch: Wer die Schaffung von Wohnraum wirklich ökologisch nachhaltig angehen möchte, kommt um Suffizienz als Leitfaden in der Wohnungspolitik nicht herum.

Weitere Quellen:

- https://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/Wohnungsmarktbericht_2018-19_web.pdf
- https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikation-en/2019-09-05_texte_104-2019_energieverbrauchsreduktion_ap1_wohnen_final.pdf
- https://www.verbietet-das-bauen.de/

Kontakt: Peter Pütz, ppuetz@posteo.de